



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/290 - 14.12.1951

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 376 54-59  
Fernschreiber 039890

Der Kanzler musste nachgeben	S. 1
Italienischer Friedensvertrag vor Revision	S. 3
Die unsoziale kleine Mietreform	S. 5
Unionsbildung Zentrum-Bayernpartei	S. 6
Bereits feste Abmachungen?	S. 7

-----  
Erfolgreicher Einspruch  
-----

F.R. Die letzte Sitzung des Bundestages in diesem Jahr hat, so kann man wohl hoffen, der Demokratie in Deutschland einen guten Dienst geleistet. Die von der Opposition vertretene Auffassung, dass der Schuman-Plan, dieses für die deutsche Zukunft entscheidende Vertragswerk, nur mit grösster Sorgfalt und Gründlichkeit vom Parlament zu behandeln sei, hat sich gegenüber der Ansicht des Kanzlers durchgesetzt, er könne ohne Ratifizierungsbeschluss nicht am 27. Dezember zur Fortsetzung der Verhandlungen über die Europa-Armee in Paris erscheinen. Damit hat eine unerlässliche innenpolitische Notwendigkeit über eine aussenpolitisch-taktische Erwägung gesiegt. Darin vor allem liegt der Erfolg.

Aber gerade diese Verbindung von Ratifizierung des Schuman-Planes und dem Vortreiben des Pleven-Planes auf deutscher Seite, ist sehr gefährlich. Der Kanzler legt, ebenso wie die Amerikaner, entscheidendes Gewicht auf die möglichst schnelle Bildung eines deutschen Kontingents in einer Europäischen Armee. Nun sind die Widerstände dagegen gerade in Frankreich sehr gross. Mit dem Ratifizierungsbeschluss des Bundestages in der Hand hätte Adenauer freilich bessere Aussichten, die französischen Bedenken gegen jede Form der deutschen Wiederaufrüstung zu beschwichtigen. Das aber beweist, wie kein anderer Vorgang, es sei denn die Schuman-Plan-Debatte in der französischen Nationalversammlung, wie wichtig

und günstig die Montan-Union gerade für Frankreich ist.

Der Erfolg des turbulenten Donnerstags blieb unbestritten bei der Opposition, die sich von Anfang an gegen jede unsachliche Eile bei der parlamentarischen Behandlung des Schuman-Planes gewandt hat und der es in letzter Minute nach härtestem Kampf gelang, den Bundeskanzler zum Nachgeben zu bewegen. Der Erfolg ist umso grösser, als Dr. Adenauer während des ganzen Donnerstag bis zu der entscheidenden zweiten Sitzung des Ältestenrates mit allen Mitteln dafür gekämpft hat, die zweite und dritte Lesung doch noch vor Weihnachten durchzusetzen.

Nachdem sich der Ältestenrat in einer ersten Sitzung gegen die Absicht des Kanzlers ausgesprochen hatte, war dieser im Wirtschaftspolitischen Ausschuss mit seiner ganzen Mannschaft erschienen und hatte dafür gesorgt, dass die Beratungen abgebrochen wurden, was die Sozialdemokraten veranlasste, den Sitzungssaal zu verlassen. Der Kanzler hatte dann später die FDP in ihrer eigenen Fraktion so zusammengestaucht, dass alle, bis auf vier Mann, unzufrieden waren, und sich für die vorweihnachtliche Behandlung entschlossen.

Das Bild, das die Regierungsparteien an diesem Tage boten, war einigermaßen kläglich. Die CDU hatte zwei Tage vorher auf Wunsch des Kanzlers mit grossem Nachdruck erklärt: unter allen Umständen vor Weihnachten. Und sie hatte, ebenso wie FDP und DP, sich auch noch am Donnerstag in Fraktionssitzungen und einer Pressekonferenz dafür ausgesprochen, also am gleichen Tage, an dessen Abend die Vertreter dieser Parteien auf das Einlenken Adenauers hin sich eines anderen besannen...

Der Kanzler ist mit seiner Absicht nicht durchgekommen, er unterlag der sachlichen Beweisführung der Sozialdemokraten und zog daraus die Konsequenzen. Dagegen ist nichts einzuwenden. Der Grad der Abhängigkeit aller Regierungsparteien von den wechselnden Anweisungen eines Mannes, der es ohnehin liebt, auch ohne Befragen seiner Freunde Politik zu treiben, ist aber im Hinblick auf das demokratische Leben in der Bundesrepublik fast beängstigend. War also das Ergebnis dieses Tages ein Erfolg, so waren die Begleitumstände, unter denen es errungen wurde, alles andere als erfreulich.

Italiens Friedensvertrag wird revidiert

V. sch., Rom, Mitte Dezember

Der förmliche Antrag, den die italienische Regierung an alle Signatarmächte des Pariser Friedensvertrages von 1946 gestellt hat, einer Revision dieses Dokumentes zuzustimmen, ist ein mit den Aussenministern Amerikas, Englands und Frankreichs schon vor zweieinhalb Monaten vereinbarter Schritt. Damals war de Gasperi nach Washington und Ottawa gefahren und hatte auf Revision gedrängt. Die westlichen Staatsmänner stimmten grundsätzlich zu, wollten jedoch der Sowjetunion noch eine Chance geben, diese Angelegenheit in freundschaftlichem Einvernehmen zu regeln. Einerseits ergriffen sie selber die Initiative zu einer Umfrage bei allen Teilnehmern am Pariser Vertrag. Allgemein war die Reaktion überaus positiv und freundlich, nur die Sowjet-Gruppe antwortete schroff ablehnend.

Auch der Versuch, Italien unter den Vereinigten Nationen aufzunehmen, scheiterte am Einspruch des Ostblocks. Dabei liess die russische Delegation keinen Zweifel daran, dass sie, sobald dieser Beschluss vor den Sicherheitsrat zur Bestätigung kommen würde, wieder einmal vom Veto Gebrauch machen würde.

Die Westalliierten werden nun ohne weiteres ihre Zustimmung zu einer Revision erteilen und zumindest die einschränkenden militärischen Klauseln des Vertrages für überholt erklären. Was für Japan im vergangenen Sommer recht war, muss für Italien billig sein. Ausserdem ist ja Italien ein wichtiger Teilnehmer am Atlantik-Pakt und die übrigen Partner haben nur Interesse daran, die Zahl und Bewaffnung der Streitkräfte ihres wichtigsten Bundesgenossen am Mittelmeer nicht durch überflüssige Bestimmungen zu begrenzen. Eine Begrenzung wird sich ja sowieso aus der finanziellen Lage des Landes ergeben.

Auch die Präambel des Friedensvertrages, in der die Anklagen der Sieger gegen den ehemaligen Vassalenstaat des Hitler-Reiches enthalten sind und mit denen die Rüstungseinschränkungen und Reparationspflichten Italiens begründet wurden, soll nach dem Wunsch der Regierung de Gasperi aus psychologischen Gründen aufgehoben werden.

Dagegen liess sich nichts einwenden, wenn diese Einleitung nicht auch das Verbot für Italien enthielte, ein faschistisches Regime wieder zu errichten. Und das ist vielleicht des Guten zuviel in einem Lande, dessen demokratische Einrichtungen noch sehr der Stärkung bedürfen und wo gerade die Rührigkeit des Kommunismus immer grössere Teile der Bevölkerung in das neofaschistische Fahrwasser treibt.

Welche Konsequenzen wird aber die Sowjet-Union aus einer einseitigen Revision des Pariser Vertrages ziehen, d.h. aus einer Revision, die gegen ihren Widerspruch von der grossen Mehrheit der Vertragsteilnehmer verkündet wird? Wahrscheinlich gar keine, obwohl man natürlich bei ihr nie wissen kann. Denn in den Augen der Machthaber im Krenl wird vielleicht damit ein Präzedenzfall für eine einseitige Revision auch des Potsdamer Abkommens geschaffen.

Interessant wird es auch sein, wie Jugoslawien sich zum italienischen Antrag stellt. Soweit die militärischen Klauseln in Frage stehen, dürfte Tito kaum Einwendungen gegen ihre Abschaffung erheben. Aber er weiss, dass die italienischen Nationalisten und Neofaschisten damit nicht zufrieden wären und dass sie bei dieser Gelegenheit auch eine Annullierung der territorialen Grenzbestimmungen erstreben, um das Problem nicht nur von Triest, sondern auch von ganz Istrien aufzurollen. Vermutlich wird daher die Belgrader Regierung ihre Zustimmung zu einer Revision des italienischen Friedensvertrages davon abhängig machen, dass die territorialen Klauseln dadurch nicht berührt werden. Die amerikanische und die britische Regierung, die ohnedies auf Rom und Belgrad seit langem einwirken, damit sie in direkte Verhandlungen über die Triester Frage treten, werden sich wohl mit einem solchen Vorbehalt Belgrade einverstanden erklären. Aber eine Friedensrevision, die die Triester Frage unberührt lässt, wird von den Faschisten und den sich überpatriotisch gebärdenden Kommunisten als wertlos verspottet werden. In einem wahren Wettbewerb der nationalistischen Demagogie bemühen sich jetzt schon die beiden Extreme, den aussenpolitischen Erfolg der Regierung de Gasperi zu bestreiten und sogar in einen Misserfolg umzumünzen.

Auswirkungen der "kleinen" Mietreform

R.D. Aus allen Teilen des Bundesgebietes häufen sich die Klagen über die "kleine" Mietreform. Handwerker und Gewerbetreibende werden zuhauf gekündigt. Sie sind durch die Kündigung ihrer Geschäftsräume in ihrer Existenz und, soweit damit Wohnraum verbunden ist, sogar in ihrem Wohnrecht bedroht. Noch verhaerender wirkt sich die Erhöhung der Untermieten aus, weil davon im besonderen Masse die vorwiegend in Untermietverhältnissen lebenden Vertriebenen, Ausgebombten und Evakuierten betroffen werden. Es liegen bereits Proteste der Vertriebenenorganisationen vor.

Der Bundestag hat zwar mehrheitlich das Entscheidungsrecht über generelle Mietpreiserhöhungen - die vom Kabinett für April des kommenden Jahres angekündigt sind - für sich in Anspruch genommen, damit aber nichts an den Auswirkungen der jetzt in Kraft gesetzten Mietverordnungen geändert. (Sie wirken sich allgemein preiserhöhend aus). Und diese Verordnungen sind teils in Kraft gesetzt mit Hilfe einer im Nazireich geschaffenen Gesetzesbestimmung, die den "Reichswohnungskommissar" zum Erlass berechnigte. Die Rechtsgültigkeit dieser Verordnungen ist nicht nur daher äusserst zweifelhaft, zumal Bundesrat und Bundestag nicht gefragt worden sind. Es wäre nützlich, sowohl rechtlich wie sozialpolitisch, der Bundestag veranlasste die Regierung, diese Verordnungen zurückzuziehen. Man ersparte sich den in jedem Falle demütigenden Entscheid des Bundesverfassungsgerichtes über die legislativen Zuständigkeiten in der Demokratie; denn es ist sicher, dass dieses Gericht angerufen werden wird.

Nicht weniger schwer sind die Folgen dieser Verordnungen, soweit sie eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten für den Kreis der Empfänger von Sozialleistungen und der Bezieher geringer Einkommen bewirken, denn diese sind im hohen Grade Untermieter oder, soweit sie nun Hauptmieter geworden sind, in Neubauwohnungen mit jetzt erhöhten Mieten eingewiesen. Belastet sind weiter die Gebietskörperschaften (Kommunen), soweit sie Ausgleichsbeträge für Mietpreiserhöhungen zu leisten haben und wirtschaftlich wirkt sich die ganze Erhöhung in einer erhöhten Konsumkraft des Hausbesitzes zu Lasten der Mieter aus, ohne den Wohnwert des vorhandenen Wohnraumes zu erhöhen oder auch nur

Bereits feste Abmachungen?  
 -----

(sp) Die Tatsache, dass die in- und ausländische Presse über das Ergebnis der Verhandlungen Dr. Adenauers in Strassburg besser unterrichtet zu sein scheint als der Bundestag, ist ein Beweis dafür, dass der Bundeskanzler den Außenministern der Schumanplan-Staaten Zusagen über einen militärischen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik gemacht haben muss, von dem weder der Bundestag noch das deutsche Volk eine Ahnung hat. Die zunächst dementierte, aber später von der Bundesregierung in ihrem Bulletin bestätigte Zustimmung der Alliierten zur Bildung eines deutschen Verteidigungsministeriums deutet darauf hin, dass Dr. Adenauer in dieser Beziehung bereits feste Abmachungen getroffen hat.

Dieses Verfahren ist ein ungeheuerlicher und wahrscheinlich in der Geschichte des Parlamentarismus einzig dastehender Vorgang. Während sich der Bundestag noch vor kurzem einmütig für eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage von freien Wahlen ausgesprochen hat und während dieses Thema gegenwärtig Gegenstand einer internationalen Diskussion ist, begibt sich Dr. Adenauer durch seine einsamen Beschlüsse in die Gefahr, das Schicksal der deutschen Bundesrepublik mit den europäischen Vormachtsbestrebungen Frankreichs einseitig zu verbinden. Unter Verzicht auf eine echte und wirksame Verteidigungsmöglichkeit und ohne Berücksichtigung der selbstverständlichen deutschen Forderung nach gleichem Risiko und gleichen Chancen hat Dr. Adenauer im Vertrauen auf seine schwache Parlamentsmehrheit hinter dem Rücken des Bundestages und des deutschen Volkes offensichtlich bereits weitestgehende Zusagen gemacht.

Dies ist umso unverständlicher, als der englische Premierminister Churchill in der vergangenen Woche ausdrücklich erklärt hat, England denke gar nicht daran, in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft aufzugehen. Wenn die in der in- und ausländischen Presse verbreiteten Nachrichten über die Zusagen Dr. Adenauers bezüglich des deutschen militärischen Verteidigungsbeitrages in Höhe von zwölf Divisionen zutreffend sind, andererseits aber keinerlei Garantien der westlichen Mächte über die tatsächliche Schicksalsgemeinschaft des Westens vorliegen, ist dieser Vorgang nicht zu verantworten und begegnet der stärksten Gegnerschaft der SPD.

-----  
 Verantwortlich: Peter Raunau